

**Oberbürgermeister Wolfgang Griesert:  
Ratssitzung am Dienstag, 22. September,  
zur Haushaltseinbringung**

Herr Ratsvorsitzender,  
liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen,  
meine Damen und Herren,

es ist nicht so passiert, aber es hätte so passieren können:

vor einigen Tagen hat mich ein Tiefbauingenieur angesprochen, der mich auf den Zustand unserer Straßen aufmerksam gemacht hat. Seiner Auffassung nach sei es unbedingt nötig, mehr Geld in die städtischen Verkehrsanlagen zu investieren. Und ich musste ihm Recht geben: Wir müssen mehr Geld für die Bauunterhaltung der Verkehrsflächen in die Hand nehmen. Und alle Verkehrsteilnehmer – Autofahrer, Radfahrer und Fußgänger – hätten uns wohl zugestimmt.

Am folgenden Tag hat mich ein Schulleiter auf den veralteten Zustand seines Schulgebäudes aufmerksam gemacht. Insbesondere unter energetischen Gesichtspunkten sei es unbedingt nötig, das Gebäude zu sanieren. Ich schaute mir das Gebäude näher an, insbesondere die Fenster und das Dach. Und ich musste ihm Recht geben: Wir müssen das Gebäude unbedingt sanieren. Und alle Lehrer, Eltern und Schüler hätten uns zugestimmt.

Und dann hat mich eine Erzieherin einer Kita angesprochen. Sie verdiene zu wenig. Ihr Verdienst passe nicht zu ihrer Qualifikation und zu den Anforderungen des Berufs. Und ich musste ihr Recht geben. Wir müssen unbedingt ihr Gehalt und das ihrer Kolleginnen deutlich erhöhen. Die Zustimmung aller Eltern und Kinder wäre uns gewiss, insbesondere dann, wenn wir damit auch weitere Streikmaßnahmen verhindern könnten.

Kurze Zeit später hat mich ein Künstler angesprochen, der davon gehört hatte, dass auch im Kulturbereich gespart werden müsse. Das fand er ganz furchtbar. Er war sogar der Meinung, dass man darüber nicht einmal nachdenken dürfe. Wer das dennoch tue, denke nicht richtig. Ein weiterer Künstler stellte sich zu uns, nickte heftig, während Fangruppen auf dem Weg zur Bremer Brücke an uns vorbeiströmten. Nun, diese Meinung, dass man über Veränderungen nicht nachdenken dürfe, habe ich nicht geteilt, so dass das Gespräch dann sehr schnell beendet war.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Und nun?!

Die Diskussionen der vergangenen Wochen weisen eigentlich nur in eine Richtung: Alle wollen mehr, keiner kann mit weniger. Das bedeutet: Die Zahlen sind abstrakt, das Sparen ist konkret.

Alle beklagen die hohe Verschuldung der öffentlichen Haushalte, sind aber gern bereit, in jedem Einzelfall eine Ausnahme zu sehen. Und im Prinzip stellt jeder Einzelfall eine Ausnahme dar. Jeder Einzelfall ist gut begründet. Anders würde es den Einzelfall gar nicht geben. Insofern ist die Ausnahme der Normalfall. Ich weiß wovon ich spreche, weil ich die zahlreichen Anträge auf Ausnahme von der aktuellen Haushaltssperre gelesen habe.

Und nun?!

Nachdem wir bereits Wochen und Monate alle Einzelfälle an den strategischen Zielen gemessen und die Produkte priorisiert haben, stehen wir wieder vor der Aufgabe, unseren Haushalt zu bändigen.

Wieder? Sicherlich nicht: Die Abfolge von Haushaltseinbringung, Diskussion und Verabschiedung scheint ein verlässliches, regelmäßig wiederkehrendes Ritual zu sein. Vielleicht ist das in der Vergangenheit so gewesen. Ich bin mir aber sicher, dass die Kluft zwischen Einnahmen und Ausgaben uns zerreißt, das heißt: uns handlungsunfähig macht, wenn wir nicht die Einnahmen deutlich steigern und/oder die Ausgaben deutlich reduzieren

Unsere Bemühungen haben uns trotzdem noch nicht ans Ziel gebracht. Der Haushaltsentwurf, den unserer Kämmerer Thomas Fillep Ihnen gleich erläutern wird, weist ein Defizit in Höhe von 10,3 Millionen Euro für 2016 und von 5,2 Millionen Euro für 2017 auf. Wir rechnen mit einer Nettoneuverschuldung für 2016 von 14,6 Millionen Euro und für 2017 von 8,3 Millionen Euro. Ich muss zugeben, dass ich mir zumindest im Ergebnishaushalt eine schwarze Null gewünscht hatte. Wir müssen uns auf dieses Ziel noch deutlich mehr zubewegen, um handlungsfähig auch für die neu auf uns zukommenden Aufgaben zu werden.

Das können wir schaffen, und das schaffen wir auch, aber nur zusammen: Rat und Verwaltung! Und auch mit den städtischen Gesellschaften, die sich meines Erachtens stärker als bisher im Sinne des Konzerns an der Konsolidierung beteiligen müssen. Mit dem Hinweis auf die neuen Aufgaben, die wir schaffen müssen, meine ich z. B. die Ganztagsbetreuung in Grundschulen. Ich spiele aber besonders auf das Flüchtlingsthema an, das von uns noch große, auch finanzielle Anstrengungen erfordern wird. Denn wir müssen die für die sozialverträgliche Stadtentwicklung wichtige Willkommenskultur vor dem Hintergrund, dass ein Großteil der Flüchtlinge und ihre Familien lange oder dauerhaft hier bleiben wird, schnellstmöglich mit vielfältig wirksamen Maßnahmen zur Integration verbinden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir müssen abnehmen, um beweglicher zu werden. Anders gesagt: Uns geht die Puste aus, wenn wir weiter so auf Pump leben. Mit den strategischen Zielen und den zentralen Handlungsfeldern haben wir, so glaube ich, ein geeignetes Instrumentarium für die Arbeit der kommenden Wochen vorliegen.

Wir müssen am Ende der Beratungen über den Gesamthaushalt entscheiden und diese Entscheidung auch gemeinsam verantworten. Wegen unserer Gesamtverantwortung möchte ich empfehlen: Tiefbauingenieure, Schulleiter, Erzieherinnen und Künstler sind in der Regel gute Berater, wenn es um ihre Fachgebiete geht, die Gesamtverantwortung aber trägt allein der Rat. Und mit jedem weiteren Gespräch über fachliche Einzelthemen verblasst diese Gesamtverantwortung. Der Rat trägt die Gesamtverantwortung und im Sinne dieser Verantwortung müssen wir alle Einzelthemen sinnvoll einordnen. Dafür wünsche ich

uns allen produktive Beratungen, einen guten Überblick, viel Sachverstand und das richtige Fingerspitzengefühl.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!